

Niederschrift
über die 31. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 22.11.2023

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:59 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Steve Kuhlmann
Herr André Langeworth
Frau Tanja Orłowski

SPD

Frau Regine Weißenfeld Vorsitzende
Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Gudrun Hennke
Herr Joachim Hood stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Jannis Kohlhase

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Bültel
Frau Sylvia Krenzel
Herr Christian Roebbers
Herr Andreas Wilke
Frau Dr. Asma Ait Allali
Frau Kirsten Fuhrmann
Frau Melanie Hoffmann
Herr Ingo Nürnberger
Frau Silvia Szacknys-Kurhofer
Herr Oliver Wittler

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke
Frau Finja Solveig von Grawert

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Eike Bartheidel

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Dirk Lemhoefer
Frau Susanne Luck
Herr Matthias Rotter

Schriftführung

Frau Mareike Honerkamp

Verwaltung/ Sonstige:

Herr Jörg Leesemann

Herr Fabian Johannsmeier

Herr Christopher Witt

Herr Thomas Helmke

Frau Inga Koriath

Frau Vanessa Haring

Frau Sarah Stroth

Frau Jessica Pade

Stab Dezernat 5

Amt für Jugend und Familie - Jugendamt

Amt für Jugend und Familie - Jugendamt

Amt für Jugend und Familie - Jugendamt

Kommunales Integrationszentrum

Amt für Jugend und Familie - Jugendamt

Amt für Jugend und Familie - Jugendamt

Amt für Jugend und Familie - Jugendamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zudem informiert die Vorsitzende darüber, dass in der heutigen Sitzung ein neues Mitglied anwesend sei.

Es handelt sich um:

- Frau Sylvia Krenzel (beratendes Mitglied, Fachbeirat für Mädchenarbeit)

Frau Weißenfeld bittet alle Anwesenden sich zu erheben und verpflichtet Frau Krenzel mit nachfolgender Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Frau Krenzel bekundet ihr Einverständnis mit einem deutlichen „Ja“.

Herr Hood beantragt den gleichlautenden Änderungsantrag der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und die Linke zu TOP 10 – „Weiterführung des Integrationsbudgets“ in die Tagesordnung aufzunehmen. Den Antrag werde er mündlich stellen.

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Tagesordnung auch in anderen Punkten erweitert werden muss und stellt diese anschließend zur Abstimmung. Es ergeht folgender:

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um TOP 10.1 – Änderungsantrag der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und die Linke zu TOP 10 – Weiterführung des Integrationsbudgets -, TOP 14.4.1 – Antrag der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke zu TOP 14.4 Problemanzeige – Finanzierung des Projekts „Beatz4OWL“ und TOP 15 – Weiterentwicklung der Werbekampagne zur Gewinnung von Personal in den Erziehungsberufen – erweitert.

TOP 3.1 – Antrag der CDU zu Bewegungskindergarten sowie TOP 4 – Bewegungsangebote in Kitas werden in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.01.2024 verschoben.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1 **Mitteilungen**

Zu Punkt 1.1 **Kurzvorstellung einer neuen Geschäftsbereichsleitung des Jugendamtes**

Frau Weißenfeld begrüßt Herrn Fabian Johannsmeier. Herr Johannsmeier stellt sich als neuer Geschäftsbereichsleiter des Geschäftsbereiches 4 – Städtische Erziehungshilfen des Jugendamtes kurz vor.

Zu Punkt 2 **Anfragen**

Zu Punkt 2.1 **Anfrage der CDU - Verpflegung in städtischen Kitas**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7084/2020-2025

Zur Beantwortung der Anfrage der CDU verweist die Verwaltung auf die ausgeteilte Tischvorlage.

(Anmerkung der Verwaltung: Diese wird als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt)

Herr Nürnberger fasst diese kurz zusammen. Im Kern gehe es darum, dass die Verpflegung in Bielefelder Kitas seit etwa 15 Jahren sehr günstig sei und die Beiträge nicht mehr angepasst wurden. Aktuell sei die Finanzierung der Mittagsverpflegung noch auskömmlich, müsse im nächsten Jahr jedoch aufgrund von Preissteigerungen erhöht werden.

Zu Punkt 3 **Anträge**

Zu Punkt 3.1 **Antrag der CDU - Bewegungskindergarten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6884/2020-2025

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 3.1. Antrag der CDU- Bewegungskindergarten wird auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.01.2024 verschoben.

Zu Punkt 4 **Bewegungsangebote in Kitas**

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 4 – Bewegungsangebote in Kitas wird auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.01.2024 verschoben.

Zu Punkt 5

Zwischenbericht zur Umsetzung des Projektes „Running in your shoes“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6395/2020-2025

Frau Koriath vom Kommunalen Integrationszentrum stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Zwischenbericht zur Umsetzung des Projektes „Running in your shoes“ vor. Bei diesem Projekt geht es darum, mit Jugendlichen ab 14 Jahren über die Themen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus ins Gespräch zu kommen.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Powerpoint-Präsentation ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.)

Auf Nachfrage, ob es in den Workshops, gerade aktuell mit dem Nahostkonflikt, zu Konfliktsituationen komme, berichtet Frau Koriath, dass das Thema sehr präsent sei, es aber in den Workshops nicht zu Eskalationen gekommen sei. Aus ihrer Sicht handle es sich um ein sehr wichtiges Thema, das immer wieder angesprochen werden müsse.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Bericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellt Herr Roebers als Vertreter der Jugendberufsagentur den Bericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt vor.

Auf Seite 3 des Berichtes werden Bewerber*innen mit einem Hauptschulabschluss aufgeführt. Allerdings gebe es keine Hauptschulen mehr. Es entsteht die Frage, von welchen Schulen die Bewerber*innen kommen. Herr Roebers erläutert, dass die Schüler*innen ab Klasse 9 den sogenannten 1. Schulabschluss an Real-, Sekundar- und Gesamtschulen erwerben. Bei dem darauffolgenden erweiterten zweiten Schulabschluss ab Klasse 10 sei der Hauptschulabschluss gemeint.

Im Gremium kommt die Frage auf, welche Gründe ursächlich für den sehr hohen Anteil der Altbewerber*innen (52,3 %) seien könnten. Im bundesweiten Vergleich betrage dieser Anteil lediglich 37 %. Herr Roebers erläutert, dass es sich bei dieser Gruppe um keinen statischen Block handle, sondern alle Bewerber*innen umfasse, die in der Vergangenheit schon einmal nach einem Ausbildungsplatz gesucht haben. Beispielsweise hätten einige berufsvorbereitende Maßnahmen absolviert oder kehren von einem Sabbat-Jahr nach dem Abschluss zurück. Im Vergleich zu Vorjahren sei dieser Anteil sehr auffällig.

Auf weitere Nachfrage, welche Maßnahmen für die Gruppe der Altbewerber ergriffen werden, berichtet Herr Roebers, dass Vorbereitungsmaßnahmen auf den Beruf mit ausreichend Plätzen angeboten werden. Weiterhin werde vorbeugende Maßnahmen z.B. an Schulen durchgeführt, sodass möglichst alle Bewerber*innen einen Ausbildungsplatz erhalten. Studienabbrecher, die sich anschließend wieder mit ihrem bisherigen

Schulabschluss bewerben, tauchen in der Statistik lediglich auf, wenn sie sich eigenständig melden.

-.-.-

Zu Punkt 7

Umsetzung des Handlungskonzeptes „Geschlechtersensible Berufsorientierung in Bielefeld“

Frau Hilse von der Rege stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Umsetzung des Handlungskonzeptes „Geschlechtersensible Berufsorientierung in Bielefeld“ vor.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Powerpoint-Präsentation ist als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.)

-.-.-

Zu Punkt 8

Klimagesunde Kita- und Schulverpflegung in städtischen Einrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6331/2020-2025/1

Herr Hanke erläutert, dass die Vorlage ursprünglich im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beraten wurde. Dort sei festgestellt worden, dass die Zuständigkeit eher im Jugendhilfeausschuss sowie im Schul- und Sportausschuss liege. Inhaltlich solle nun ein Prüfauftrag erteilt werden, um die Qualität des Essens in Kitas und Schulen zu verbessern. Dabei soll auch ermittelt werden, wie hoch die Kosten sind und ob diese von den Eltern leistbar seien. In die Prüfung nimmt die Verwaltung zudem die gestellte Anfrage der CDU mit auf. Seitens dieser wird ebenfalls der Wunsch hervorgehoben, die Kostenfrage genau zu prüfen.

Frau Weißenfeld stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss schließt sich dem Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 15.08.2023 an und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, wie die Empfehlung des Bielefelder Klimabeirats zur Überprüfung und Einführung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) in der Kita- und Schulverpflegung in städtischen Einrichtungen umgesetzt werden kann.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Familienbericht 2023 „Familienfreundliches Bielefeld 2.0“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7023/2020-2025

Herr Wörmann vom Büro für Sozialplanung stellt dem Jugendhilfeausschuss den Familienbericht 2023 vor. Bei der Erstellung sei eine Online-Befragung im Zeitraum von sechs Wochen von August bis September 2023 auf der Homepage der Stadt Bielefeld durchgeführt worden, an der mehr als 1.000 Familien teilgenommen haben.

Die Befragung sei nicht repräsentativ geplant gewesen, sondern als Gelegenheit für Familien, sich zur Familienfreundlichkeit der Stadt Bielefeld zu äußern.

Dabei war der Anteil der Eltern mit einem höheren Bildungsstand am größten, sodass Familien mit einem geringeren Bildungsstand eher unterrepräsentiert waren. Laut Herrn Wörmann sei dies jedoch generell in Befragungen der Fall und müsse bei der Betrachtung entsprechend berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage erklärt er, dass die Online-Umfrage auf Deutsch und nicht mehrsprachig verfasst war. Familien mit einem Migrationshintergrund haben seltener teilgenommen. Wenn sie teilgenommen haben, handelte es sich ebenfalls um Familien mit einem guten Bildungsstand. Bildungsorientierte Eltern hätten häufiger eine kritischere Meinung zum System geäußert, während andere Eltern meist schon zufrieden seien, wenn die Zusammenarbeit mit Kita und Schule funktioniere.

Herr Nürnberger ist der Ansicht, dass die Umfrage helfe, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Wichtig sei den Eltern z.B. der Zugang zu bezahlbaren Freizeitmöglichkeiten für die Familien sowie die Erreichbarkeit des Jugendamtes, beispielsweise durch die neu eingerichteten Verfahrensslots*innen oder die Weiterentwicklung des Familienbüros.

Um eine Einschätzung zur Familienfreundlichkeit der Stadt Bielefeld zu gewinnen und Verbesserungen zu erreichen, sei es immer wieder sehr wichtig, die Eltern beispielsweise durch Umfragen einzubeziehen. Gleichzeitig müsse das Thema aber auch vorangebracht werden.

Abschließend erklärt Herr Wörmann, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gebe, was „Familienfreundlichkeit“ bedeute. Am meisten wurde in der Umfrage die Vereinbarkeit von Familie und Beruf genannt. Im nächsten Jahr werde dieses Thema im gemeinsamen Austausch daher intensiver bearbeitet werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 Weiterführung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7083/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss verständigt sich darauf, TOP 10 „Weiterführung des Integrationsbudgets“ in einer Gemeinsamen Sondersitzung mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss am 14.12.2023 zu beraten.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt:

- 1. Zur Finanzierung von die Integration fördernden Maßnahmen wird dem Integrationsbudget ein Betrag in Höhe von 3 Mio. Euro zugeführt.**
- 2. Die Zuführung erfolgt aus Haushaltsentlastungen, die durch die vom Land NRW sowie dem Bund zur Verfügung gestellten Zuwendungen zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entstehen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Ratsgremien zeitnah inhaltliche Schwerpunkte zur Verwendung des Integrationsbudgets vorzuschlagen und auf dieser Basis konkrete Maßnahmevorschläge zu erarbeiten und den Fachgremien vorzulegen.**

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 10.1 Weiterführung des Integrationsbudgets - Änderungsantrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 21.11.2023 zur Beschlussvorlage der Verwaltung (7083/2020-2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7173/2020-2025

Herr Hood stellt den Antrag der Koalition mündlich vor und beantragt hierzu die Beratung in 1. Lesung.

Der Jugendhilfeausschuss verständigt sich darauf, den Änderungsantrag der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke zu TOP 10 „Weiterführung des Integrationsbudgets“ ebenfalls in einer Gemeinsamen Sondersitzung mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss am 14.12.2023 zu beraten.

(Anmerkung der Verwaltung: Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem unter TOP 10.1 abrufbar.)

Zu Punkt 11 **Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) / Verfahrensslots*innen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7113/2020-2025

Frau Harring und Frau Stroth, die erste Verfahrensslotsin der Stadt Bielefeld, stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation den aktuellen Stand zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) sowie zur Einführung der Verfahrensslots*innen vor.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Powerpoint-Präsentation ist als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt.)

Frau Bülter ergänzt, dass es in der Vergangenheit Diskussionen zur Zugehörigkeit sowie der Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit der Verfahrensslots*innen gegeben habe. Dafür sei die Installation eines 6. Geschäftsbereiches im Jugendamt geplant, der auch die Erweiterung des Familienbüros umfasse. In diesen sollen auch die Verfahrensslots*innen eingebunden werden.

Zu Punkt 12 **Module der Sprach- und Familienbildung**

Anhand einer Powerpoint-Präsentation gibt Frau Pade aus dem Jugendamt einen Überblick über die Module der Sprach- und Familienbildung.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Powerpoint-Präsentation ist aus Anlage 5 der Niederschrift beigefügt.)

Auf Nachfrage erklärt Frau Pade, dass die Voraussetzungen, die Landesförderung für das Angebot „Griffbereit“ zu erhalten, in erster Linie die personellen Ressourcen hier vor Ort sind. Diese werden zur Koordinierung und Organisation benötigt. Die Besonderheit dieses Angebotes sei, dass es neben Kitas in Freizeitzentren und Geflüchtetenunterkünften angeboten werden könnte.

Da die Sprachkompetenzen im Vorschulalter rückläufig seien, entstehe immer mehr Druck auf die Kitas, von denen erwartet werde, die Kinder so zu fördern, dass sie keine Schwierigkeiten in der Schule haben. An dieser Stelle mache sich der Fachkräftemangel extrem stark bemerkbar, da viele Angebote ohne Personal nicht umgesetzt werden könnten. Es gestalte sich zurzeit schwierig, Personal zu finden und zu halten.

Auf die Frage, ob die Stadt Bielefeld mit den vorhandenen Angeboten gut aufgestellt sei, teilt Frau Pade mit, dass es aus fachlicher Sicht eine gute Kombination von Angeboten zur Sprachförderung gebe. Im Vergleich zu anderen Kommunen biete die Stadt Bielefeld hier eine große Bandbreite an Angeboten an. Bei den Fachkräften seien vor allem die Fortbildungs-

angebote sehr wertvoll und beliebt. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sei es für die Kitas jedoch immer schwieriger, ihre Mitarbeiter*innen zu diesen zu entsenden, wenn die Alternative eine Gruppenschließung bedeuten würde. Generell leide die Umsetzung vieler der fachlich sinnvollen Angebote unter dem Fachkräftemangel.

Wie aus dem Vortrag hervor ging, ist eine Mittelumschichtung von der AWO Sprachförderung, die diese Mittel aufgrund Personalmangel nicht ausschöpfen kann, zu dem Bewegungsförderungsangebot „Benno Buchstabe“ der Sportjugend geplant. Im Gremium stellt sich die Frage, ob mit einem Angebot der Bewegungsförderung ein Sprachförderungsangebot ersetzt werden könne. Frau Pade erläutert, dass bei diesem Angebot gezielt Bewegungs- und Sprachförderung kombiniert werde. Aus fachlicher Sicht sei in Jahren der frühkindlichen Entwicklung die Sprachentwicklung zudem eng mit der körperlichen Entwicklung verzahnt, sodass es sich bei diesem Angebot um eine gleichwertige und gezielte Unterstützung der Sprachförderung handle. Herr Hanke ergänzt, dass es in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Beschlussvorlage zur haushaltsneutralen Mittelumschichtung geben werde, in der die Hintergründe detailliert dargelegt werden.

Abschließend geht Frau Pade auf die Nachfrage ein, ob die Sprachförderungsprojekte auch für die Arbeit an offenen Ganztagschulen ausgeweitet werden könnten und ob auch Migrantenorganisationen mitwirken würden. Laut Frau Pade liege die Zuständigkeit für entsprechende Angebote im Grundschulbereich eher beim Kommunalen Integrationszentrum oder dem Bildungsbüro. Einige Angebote werden in Grundschulen fortgeführt und es gebe dort weitere Förderangebote. Beim Angebot „Rucksack KiTa“ sei es beispielsweise so, dass mehrsprachige Personen den Eltern die mehrsprachige Sprachförderung vermitteln würden. Hierbei handle es sich häufig um Personen mit eigener Zuwanderungsgeschichte, die den beteiligten Eltern und Kindern aus diesem Grunde auf Augenhöhe begegnen können.

-.-.-

Zu Punkt 13

Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Bielefeld 2023 - 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7010/2020-2025

Herr Helmke stellt den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Bielefeld für die Jahre 2023 – 2025 vor. Bei diesem handle es sich um die Planungsgrundlage der örtlichen Jugendhilfe für die Jahre 2023 – 2025 und deren Finanzierung im städtischen Haushalt.

Zur Erarbeitung des Kinder- und Jugendförderplans sei eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Arbeitsgruppe nach § 78 SGB VIII gebildet worden. Das Werk richte sich hierbei sowohl an die Stadtverwaltung, Fachkräfte und Trägern der örtlichen Jugendarbeit sowie die zu erreichenden Zielgruppen. Er ist als Abbild der Jugendförderung in der Stadt Bielefeld anzusehen. Wesentliche Themen seien Diversität, Jugendliche im öffentlichen Raum, der steigende und komplexere Beratungsbedarf in der Jugendarbeit, Inklusion, Partizipation – Jugendbeteiligung, Jugendkulturarbeit, Kinderarmut sowie die Qualifizierung und Gewinnung von Fachkräften.

ten.

Neu hinzugekommen seien die Formulierungen der Handlungsbedarfe, die im Plan in Form von roten Kästchen hervorgehoben wurden.

Im Gremium kommt die Frage auf, was genau der Jugendhilfeausschuss mit der Vorlage beschließe. Herr Helmke führt aus, dass die Stadt Bielefeld im Gegensatz zu anderen Kommunen ein klares System in Form der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen habe, um die Kinder- und Jugendförderung inhaltlich zu gestalten und zu steuern. Mit dem Beschluss nehme der Jugendhilfeausschuss den Kinder- und Jugendförderplan vor allem als Grundlage für die weitere Arbeit zur Kenntnis. Die Fachleute können nach Identifizierung der Handlungsbedarfe nun gezielter an diesen arbeiten.

Abschließend sichert Herr Nürnberger zu, dass die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten wird, wie sich interessierte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses detaillierter über den Jugendförderplan informieren können.

Herr Kuhlmann beantragt, den Tagesordnungspunkt in 1. Lesung zu beraten.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der vorliegende Kinder- und Jugendförderplan stellt für den Zeitraum von 2023 bis 2025 die Grundlage der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld dar.

1. Lesung -

Zu Punkt 14 Aktuelle Entwicklungen zum Haushalts- und Stellenplan 2024

Zu Punkt 14.1 Personalwirtschaftliche Umsetzung des SuE-Tarifvertrages

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5807/2020-2025

Herr Nürnberger zieht die Vorlage zurück.

Zu Punkt 14.2 Veränderungen beim Haushalts- und Stellenplan 2024 des Amtes für Jugend und Familie - Jugendamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7081/2020-2025

Herr Nürnberger erläutert, dass der Personalbedarf in städtischen Kitas

von 7,1 Fachkraftstellen um 5 auf 2,1 Fachkraftstellen reduziert worden sei. Weiterhin gebe es in den städtischen Kitas einen zusätzlichen Personalbedarf für 10,9 Integrationsfachkräfte aufgrund eines sprunghaften Anstiegs von Kindern mit einem größeren Förderbedarf.

Die Punkte 3 und 4 der Vorlage befassen sich mit Haushaltsreduzierungen, die aufgrund des Quartalsberichtes beschlossen wurden. Herr Nürnberger weist darauf hin, dass es sich aus diesem Grund um einen sehr knapp kalkulierten Haushalt handle.

Weiterhin sollen die städtischen Kitas mit zusätzlich 1 Mio. € pro Kalenderjahr entlastet werden. Im Ergebnis führe dies zu einer Trägeranteilsreduzierung der jeweiligen Träger. Seitens der Verwaltung werde zurzeit ein Vorschlag erarbeitet, wie sich die Senkung anteilig auf die Zeit bis zum 31.07.2024 auswirke.

Außerdem wurde eine Strukturunterstützung für das BAJ i.H.v. 160.000 € beschlossen. Zukünftig solle es hierfür eine vertragliche Grundlage für die Stadt Bielefeld und das BAJ geben. Die Änderungen habe der Finanz- und Personalausschuss in seiner letzten Sitzung vom 20.11.2023 beschlossen.

Auf Nachfrage, in welchen Bereichen die Mittelreduzierungen von 1 Mio. € (Punkt 3 der Vorlage) und 2,1 Mio. € (Punkt 4 der Vorlage) stattfinden, wird erläutert, dass 1 Mio. € im Bereich der Kindertagesbetreuung und 2,1 Mio. € in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe eingespart werden. Bei der Kindertagesbetreuung wird dies damit begründet, dass bei der Neuplanung neuer Kindertagesstätten die Starttermine realistisch gesehen auf einen späteren Zeitpunkt fallen.

Bei der Wirtschaftlichen Jugendhilfe wurde die Planung für das Jahr 2023 noch einmal kritisch betrachtet und eine Reduzierung um den o.g. Betrag für umsetzbar gehalten. Wichtig sei, dass die Reduzierungen nicht zu Nachteilen für die Betroffenen führen werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14.3 Problemanzeige des Vereins Berufliche Ausbildung und Qualifizierung Jugendlicher und Erwachsener – Verein BAJ e.V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7080/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14.4 Problemanzeige - Finanzierung des Projekts "Beatz4OWL"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7111/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 14.4.1 Antrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu TOP 14.4 Problemanzeige - Finanzierung des Projekts "Beatz4OWL"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7177/2020-2025

Frau Wend stellt den Antrag der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke zu TOP 14.4 – Problemanzeige Beatz4OWL vor. Im Wesentlichen umfasse der Antrag den Auftrag an die Verwaltung, gemeinsam mit dem BAJ ein Konzept zu entwickeln, wie das Projekt weitergeführt und finanziert werden könne. Darüber solle es auch einen Bericht geben. Es handle sich um ein wichtiges Hilfsangebot für entkoppelte junge Erwachsene, die durch andere Angebote nur schwer erreicht werden können. Dem Jobcenter ist die weitere Förderung nicht mehr möglich, da das Projekt im Rahmen von Zuwendungen finanziert wurde. Hier seien die rechtlichen Grenzen erreicht, sodass das Projekt alternativ ausgeschrieben werden müsse.

Das Gremium diskutiert darüber, ob vor dem Hintergrund eines knapp kalkulierten Haushaltsentwurfs für das Jugendamt die Refinanzierung der Mittel i.H.v. 205.000 € jährlich für das Projekt lediglich für das Jahr 2024 oder auch für die Folgejahre 2025 und 2026 beschlossen werden solle. Die Koalition, die den Antrag gestellt hat, macht deutlich, dass sie mit der Verwaltung über die Umsetzbarkeit des Antrages gesprochen habe. Eine Kürzung des Zeitrahmens habe für die Beteiligten Planungsunsicherheit zur Folge.

Herr Nürnberger weist darauf hin, dass der Haushaltsentwurf auf realistischen Einschätzungen auf Grundlage des letzten Quartalsberichtes beruhe. Er sei zwar knapp kalkuliert, aus seiner Sicht jedoch vertretbar. Er erläutert, dass sich durch Erwirtschaftung der finanziellen Mittel aus dem Haushalt des Jugendamtes für den vorliegenden Antrag der Risikopuffer für unvorhersehbare Aufwendungen verringern würde. Er schlägt daher vor, den Antrag zunächst für das Jahr 2024 zu beschließen, sodass die Verwaltung und das BAJ zunächst das Konzept weiterentwickeln können. Vor den nächsten Haushaltsberatungen könnte die Verwaltung dem Ausschuss einen Vorschlag für das weitere Vorgehen vorlegen. Es sei sehr wichtig, für diese Zielgruppe ein tagesstrukturierendes Angebot in Bielefeld zu haben.

Die Antragsteller*innen ändern daraufhin ihren Antrag entsprechend ab.

Frau Weißenfeld stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Es ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Träger BAJ das Konzept weiterzuentwickeln und *vorerst für das Jahr 2024* einen Vertrag über die Weiterführung von BEATZ4OWL zu schließen. Dafür werden 205.000 Euro aus dem Haushalt des Jugendamtes zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind unterjährig aus dem Haushalt des Jugendamtes zu erwirtschaften.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, *vor der nächsten Haushaltsberatung* einen Bericht zur Arbeit und zu den Ergebnissen im Projekt vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, sich gemeinsam mit dem BAJ um weitere Finanzierungsmittel zu bemühen (insbesondere auch beim Jobcenter), um die Platzzahl bedarfsgerecht erhöhen zu können bzw. gegebenenfalls den kommunalen Finanzierungsanteil zu senken.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

Weiterentwicklung der Werbekampagne zur Gewinnung von Personal in den Erziehungsberufen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7148/2020-2025

Herr Nürnberger fasst die Vorlage kurz zusammen. Es handle sich dabei um eine Werbe- und Informationskampagne für die Erziehungsberufe in Kitas, der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Erziehungshilfe. Die bereits abgeschlossene Werbekampagne in diesem Bereich sei ein guter Auftakt gewesen. Um auch weiterhin genügend Fachkräfte gewinnen zu können, sei es nun notwendig das Konzept weiter zu entwickeln. Hierfür sollen in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 25.000 € im laufenden Haushalt erwirtschaftet werden. Über die weitere Konzeptionierung und die Ergebnisse werde die Verwaltung den Jugendhilfeausschuss informieren.

Her Witt, ein neuer Mitarbeiter im Jugendamt, der für das Projekt verantwortlich ist, stellt sich kurz vor und ergänzt, dass es aus seiner Sicht nötig sei, die Kampagne einmal professionell mit einer Werbeagentur aufstellen zu lassen. Anschließend solle die Kampagne in den Folgejahren mit deutlich geringeren Mitteln umgesetzt werden können. Um zielgerichtet junge Menschen zu erreichen solle der Schwerpunkt dabei auf Social Media liegen, aber auch klassische Medien sollen zum Einsatz kommen. Dabei sollen Fachkräfte mitwirken, die auch bei den jeweiligen Trägern arbeiten und somit aus erster Hand von ihrer Arbeit berichten können.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels befürwortet der Jugendhilfeausschuss das geplante Vorhaben. Im Gremium kommt die Frage auf, ob die Träger durch die bereits abgeschlossene Werbekampagne einen Effekt bei den Bewerbungen gespürt hätten. Frau Weißenfeld gibt diese Frage an Frau Hoffmann von der Evangelischen Kirche weiter.

Frau Hoffmann könne aufgrund der abgeschlossenen Werbekampagne den Anstieg von Interessierten nicht genau bemessen. Allerdings hält sie die Weiterführung einer Werbekampagne für die Erzieherberufe für sehr wertvoll, da das Image der Erzieherberufe in den Fokus gerückt werde. Dadurch fühlen sich auch die Fachkräfte in den Einrichtungen gesehen. Insgesamt halte sie die Kampagne für einen großen Gewinn.

Frau Weißenfeld stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Hilfe einer Werbeagentur ein Konzept für die Werbekampagne zur Gewinnung von Personal in den Erziehungsberufen neu zu entwickeln, das für das Jahr 2024 und die folgenden Jahre tragfähig ist. Für die Umsetzung wird ein Budget von 25.000 Euro im Jahr 2023 bereitgestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, das neu entwickelte Konzept der Werbekampagne zur Gewinnung von Personal in den Erziehungsberufen im Frühjahr 2024 umzusetzen und für die erforderlichen Werbemaßnahmen ein Budget von 25.000 Euro im Haushaltsjahr 2024 zur Verfügung zu stellen.**
- 3. Die zur Umsetzung erforderlichen Haushaltsmittel sind im laufenden Haushaltsvollzug zu erwirtschaften.**

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 16

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Bültter stellt die nachfolgenden anstehenden Themen vor:

- Bewegungsangebote in Kitas
- Entscheidungsvorschlag Trägeranteilssubventionierung
- Entscheidungsvorschlag Mittelverteilung 584.000 € für Januar bis Juli 2024 als Trägerhilfsprogramm
- Mädchenbericht
- Flexibilisierungsmittel Kindertagesbetreuung
- Umschichtung der 35.000 € von AWO zur Stadtsportbund

Frau Weißenfeld schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

-.-.-

Bielefeld, den 27.11.2023

Regine Weißenfeld (Vorsitzende)

Mareike Honerkamp (Schriftführerin)